

Stadtparteitag 26.9.2020, Stephan Krull

Unsere Partei in Magdeburg vor den Wahlen im Jahr 2021

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,
Solidarität beginnt in unserer Partei. Wir wollen so zusammen wirken, wie wir uns ein gutes Zusammenleben von Menschen vorstellen. Wir wollen die Partei und Menschen bewegen. Dem dient dieser Stadtparteitag unter außergewöhnlichen Umständen. Die Zahl der Teilnehmenden ist begrenzt, weshalb wir außer unserem Landesvorsitzenden keine Gäste eingeladen haben. Die Zeit ist begrenzt, wir bitten darum, in der Debatte auf die wesentlichen Punkte und unsere Orientierung nach außen zu konzentrieren.

Wir sind innerhalb und außerhalb der Parlamente die Partei für Frieden und Abrüstung, für die Beendigung von Auslandseinsätzen und den Abzug der Atomwaffen. Wir sind demokratisch und sozial, ökologisch und feministisch, streitbar und tolerant in der Tradition der sozialistischen Arbeiter*innenbewegung mit ihren verschiedenen Strömungen. Ohne diese sozialistische Bewegung in den letzten 200 Jahren gäbe es keine Demokratie und keine Emanzipation der arbeitenden Bevölkerung.

Wir stehen für eine Klassenpolitik, die die unterschiedlichen Bedürfnisse von Beschäftigten, der kleinen Selbstständigen und der prekär Beschäftigten bündelt. Wir stehen gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus als Spaltungslinien, die die AfD und die rechten Kräfte in der CDU stark machen, um vom Versagen des kapitalistischen Systems abzulenken.

Wir stehen für sanktionsfreie Grundsicherung, für den Mindestlohn von 13 Euro, gegen Leiharbeit und Werkverträge, für ein würdiges Auskommen von Rentnerinnen und Rentnern!

Wir stehen für die gesellschaftliche Umverteilung des Reichtums!

Wir stehen für ein solidarisches Europa, das sich nicht weiter militarisiert, das Geflüchtete willkommen heißt, statt sich abzuschotten.

Wir stehen für Klimaschutz und den sozial-ökologischen Systemwechsel! Im Zentrum unseres demokratischen Sozialismus stehen demokratische Entscheidungen in den wirklichen Machtzentren, also ökonomische Entscheidungen über das **was und wie der Produktion** in Schlüsselindustrien.

Das alles gehört zur DNA unserer sozialistischen Partei. Ich hebe es hervor, weil gelegentlich Widersprüche erhoben oder als kritische Kritik konstruiert werden, wo es kaum welche gibt. Das hindert uns, nach außen zu wirken.

Wir haben keinen Grund, uns selbst schlecht zu reden!

Ein Journalist schrieb, worauf Jutta und Jürgen uns aufmerksam machten:

„Die Linke müsste eine Partei der Mieter sein, eine Partei der öffentlichen Nahverkehrsfahrer, eine Partei der Corona-Verlierer, eine Partei der kleinen Leute und der klaren Sprache.“ (SZ, 8.9.2020)

Wir wollen eine **Mitmachpartei** sein! Das ist das **Selbstverständnis** dieses Stadtvorstandes:

Wir organisieren gemeinsam und mit Beteiligung von Strömungen oder Basisgruppen, Veranstaltungen und Aktionen, damit unsere Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Sympathisanten mitmachen können.

So am 8. Mai – Tag der Befreiung im Nordpark;
bei unserer Kampagne zum Nulltarif im ÖPNV;
bei der Seebrücke - Magdeburg als sicherer Hafen – die Stadtratsfraktion kämpft im Rathaus und wir sind sichtbar bei den Demonstrationen;
beim Antikriegstag und beim Ostermarsch, bei Fridays for Future und vielen anderen Aktionen.

Basisgruppen haben Unterschriften gesammelt für das Volksbegehren, Wir verteilen Infomaterial (im August 10.000 mal unser „Extrablatt“, letzte Woche den Flyer bei Enercon) dort, wo diejenigen wohnen und arbeiten, für die gesellschaftliche Veränderungen am wichtigsten sind, die von Erwerbslosigkeit bedroht sind oder von Grundsicherung leben.

Das sind dicke Bretter, an denen wir lange bohren müssen. -frei nach Erich Kästner:
Es gibt nix Gutes, außer man tut es.

Oder klassisch aus der Internationale:
**Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun
Uns aus dem Elend zu erlösen
können wir nur selber tun!**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Corona spaltet die Menschen und das Land noch weiter – wir haben noch keine ausreichenden Antworten auf diese Krise. „Eine Krankheit – eine Ursache – ein Heilmittel“ - das ist zu wenig. Weil das strittig ist, haben wir wenige Austritte, aber mehr neue Mitglieder.

Aus einer Austrittserklärung: „Überhaupt finde ich schade, dass ihr als Opposition alles hinnehmt, was SPD und CDU und Grüne bestimmen ... ihr unterscheidet Euch nicht mehr von den anderen Parteien.“

Und eine positive Rückmeldung:

„Ich habe bisher immer AfD gewählt. Weshalb sich meine Sicht geändert hat, liegt daran, dass ihre Partei mir die Augen geöffnet hat.“ Die Frau hatte ein Gespräch mit einem jungen Genossen am Infostand (hallo John Lucas), der die AfD mit Argumenten zerpfückt und unsere Vorschläge begründet hat. Schlusssatz des Briefes: „Großen Dank an Ihre Partei und viel Erfolg bei den nächsten Wahlen!“

Liebe Genossinnen und liebe Genossen!

Die Welt steht in Flammen: die Permafrost-Gebiete in Sibirien, der Amazonas in Brasilien, die Wälder in Kalifornien, das Lager Moria, bei uns vertrocknen die Wälder... und nun auch noch Corona. Das alles macht zurecht Angst und der Wunsch nach Normalität macht sich breit. Aber: Es gibt kein Zurück zu einer Normalität, die auf der doppelten Ausbeutung von Mensch und Natur basierte. Wir können nicht so weiter machen wie bisher.

Die Regierungsmaßnahmen in der Pandemie sind widersprüchlich, die Regierung regiert weitgehend ohne Parlament durch „Verordnungen“: Der große Widerspruch besteht darin, dass in der Pandemie unendlich viel Geld da ist, um den Kapitalismus am Laufen zu halten, wenn es ums Klima oder um Kinderarmut geht, dann ist angeblich kein Geld vorhanden. Die Betriebe wurden nie angehalten - „Die Wirtschaft muss am Leben bleiben“, auch wenn Menschen dabei drauf gehen, auch wenn die Klimaveränderungen das Leben von Millionen Menschen gefährden. Arbeitsschutz wurde spät verordnet, Grundrechte außer Kraft gesetzt, Demonstrationen verboten, Hunger- und Feinstaubtote unbeachtet, Massentierhaltung, Umweltgifte – alles ohne vergleichbare Maßnahmen.

Die Armen werden hängen gelassen, Millionen in Kurzarbeit oder vor dem Jobverlust, Soloselbständige, Gastronomen und Künstler*innen vor dem Ruin.

Die Arbeitgeber nutzen die Pandemie, kündigen Massenentlassungen und Betriebsschließungen an – hier bei Enercon, anderswo bei Bosch, Conti, Schaeffler und Mahle, bei Bombardier und selbst bei Daimler und Volkswagen. Man will sich so schnell wie möglich von so viel Beschäftigten wie möglich und von ganzen Standorten trennen.

Die Krise wird als Moment gesehen und genutzt, Werke zu schließen und Produktion zu verlagern. Das ist nichts anderes als Tarif- und Standortflucht und darf nicht zugelassen werden. Der Bund, das Land und die Stadt können und müssen hier eingreifen – weil das mit Corona nix zu tun hat – die Krise war vorher da und wird nur als Vorwand zum Kahlschlag genutzt.

Einige Angriffe, die uns direkt betreffen:

Amazon / Bezos: plus 35 Mrd. Vermögen in der Pandemie, vor den Toren von Magdeburg ein Warenlager mit Niedriglohn, 11,66 pro Stunde und ohne Tarifvertrag.

Enercon (in Magdeburg) zerstört ca. 1.200 Industrie-Arbeitsplätze. Das ist eine Katastrophe für Beschäftigte und die Stadt. Es geht um Maximalprofit zu Lasten von Menschen, Natur und Kommune.

Wir wollen, dass die Stadt und das Land bei den Betrieben einsteigen, wenn der Eigentümer von Enercon aussteigt. Das muss verbunden werden mit Einflussnahme der öffentlichen Hand, der Mitbestimmung der Beschäftigten, der Gewerkschaft und der Klimabewegung über das, was produziert wird.

Einige der Beschäftigten, denen wir einen Flyer in die Hand gedrückt haben, waren interessiert an unseren Vorschlägen.

In der Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst haben die Arbeitgeber in der 2. Verhandlungsrunde kein Angebot vorgelegt! Für den TV Nahverkehr wollen sie nicht einmal eine bundesweite Regelung der Arbeitsbedingungen verhandeln. Dass die Gewerkschaft verdi jetzt Warnstreiks macht, geht auf die Kappe der kommunalen Arbeitgeber. In dieser Tarifrunde geht es vor dem Hintergrund der Krisenkosten ums große Ganze, um grundsätzliche Verteilungsfragen, und wir wünschen den Streikenden maximale Erfolge. Wir werden die Beschäftigten in diesem Kampf unterstützen!

Da gilt es, Verständnis und Solidarität in der Bevölkerung zu organisieren, wenn der Streik dazu führt, dass eben mal keine Bahn oder kein Bus fährt.

Wir müssen all diese Widersprüche thematisieren, sonst brechen sie sich anders Bahn: **Die Reichen sollen zahlen – wer hat, der gibt!**

Corona zeigt, was in unserem Land radikal veränderbar ist, im Guten wie im Schlechten, den Kapitalismus zu retten oder ihn zu überwinden.

Was ist jetzt erforderlich?

Solo-Selbstständige und Kleinbetriebe dürfen nicht alleingelassen werden.

200 Euro Leistungsbonus für Hartz-IV-Berechtigte

Mehr für Helden: Pflegekräfte, Einzelhandelsbeschäftigte, Bus- und Bahnfahrerinnen endlich fair bezahlen.

Soziales Leben ermöglichen, da, wo das Infektionsgeschehen nahe null und beherrschbar ist. Abstand- und Hygieneregeln müssen eingehalten werden, Ein-Euro-Corona-Tests können helfen.

Wir müssen raus aus der Defensive und vor allem wirtschaftspolitische Vorschläge machen: Wir wollen die kooperative und regionale Wirtschaft stärken: Unternehmenshilfen und Beteiligungsfonds für den sozial-ökologischen Systemwechsel, nutzen mit Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie Wirtschaftsförderung 4.0.– wie ich das am Beispiel Enercon gesagt habe!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir wollen dieses Land gerechter und friedvoller machen. Auf unserem Weg dahin liegen im nächsten Jahr die Landtags- und Bundestagswahl.

Nach den Niederlagen der letzten Jahre **muss** es jetzt aufwärts gehen. **Das wird zu einer Existenzfrage für uns.**

Corona und die Kosten werden das Thema des Wahlkampfes sein. Deshalb beginnen wir mit der Frage, wer für die Krise zahlen wird. Unsere Position: **Wer hat, der gibt!** Das erfordert eine harte Auseinandersetzung mit den Profiteuren der Krise – mit Enercon, mit Amazon und anderen – da gibt es keinen Umweg und keine Abkürzung.

Und es geht um unsere Wahlziele in dieser krisenhaften Situation. Wir müssen ein Erstarren der rechten Populisten in AfD und CDU verhindern. Dazu müssen wir selbst stark werden, die Verluste von 2016 wieder ausgleichen.

Wir wollen mindestens ein Direktmandat gewinnen – das scheint uns im Wahlkreis 10 (Magdeburg-Nord) am ehesten möglich.

Wir wollen, nachdem im Jahr 2016 vier Männer als Wahlkreiskandidaten aufgestellt waren, nun mit mindestens zwei Frauen in den Wahlkampf ziehen. Dazu kommt die Nominierungen heute Nachmittag.

Wir stellen die Sorgen und Nöte der Mehrheit der Bevölkerung, der arbeitenden Menschen wie der Erwerbslosen, in den Mittelpunkt unserer Arbeit. Viele Leute sind empört über „die Politik“, über „die da oben“, wozu wir als Partei häufig schon gezählt werden.

Viele sind maßlos enttäuscht, dass die Politik so weitergeht, obwohl die Kriege und die Klimakatastrophe unabsehbare Folgen für die Menschheit haben. Aus Frust über die kapitalfreundliche Politik gehen viele nicht mehr wählen. Wenn wir diesen Menschen unsere Lösungsvorschläge anbieten ohne den üblichen Politsprech, dann können wir viele wieder für uns gewinnen.

Das gilt auch für unsere weiteren Zielgruppen, die Jugend und die Frauen.

An diesen Zielgruppen werden wir unsere Materialien orientieren. Dabei kämpfen wir gegen einen negativen Trend im Bund und im Land, dem wir uns entgegenstemmen müssen.

Entsprechend unserem Selbstverständnis wollen wir alle Genossinnen und Genossen nach ihren Möglichkeiten für einen aktiven Wahlkampf mobilisieren und durch politische Veranstaltungen auf die Auseinandersetzungen vorbereiten.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

der Wahlkampf kostet Geld – Zeitungen, Plakate, Flugblätter, social-media-Werbung, Veranstaltungen und vieles mehr muss von uns gestemmt werden. Absehbar ist, dass wir unsere Einnahmen – Mitgliedsbeiträge und Spenden – erhöhen müssen, um die Ausgaben zu tätigen. Wir

bitten alle unsere Genossinnen, entsprechend ihren Möglichkeiten mitzuwirken (und das kann heute schon beginnen, der Parteitag kostet pro anwesender Person ca. 15 Euro Miete, Essen Getränke). Obwohl wir recht viele neue Mitglieder gewinnen konnten, werden wir gerade doch nicht mehr, weil wir aufgrund der Altersstruktur viele ältere Genossinnen und Genossen verlieren. Und die jüngeren Mitglieder zahlen als Schülerin oder als Student oder als Leiharbeiterin oder als Minijobber im Niedriglohnssektor eben auch nur geringe Beiträge. Deshalb sind wir auf Spenden von Mitgliedern und Sympathisanten angewiesen, die wenn ihr von der Partei eine Quittung bekommt, zur Hälfte vom Finanzamt erstattet werden.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
zum Schluss einige Bemerkungen zum Stadtvorstand selbst: wir haben in den letzten Monaten viel Kraft nach außen gerichtet – aber wir haben auch die Basisgruppen besucht und den Ortsverbänden unter die Arme gegriffen.

Der Stadtvorstand ist ein Jahr im Amt. Wir sind in unserer Zusammensetzung sehr unterschiedlich – Ältere und Jüngere, Ost und West, mit Mandat und ohne Mandat, verankert in sozialen Bewegungen, beteiligt an antifaschistischen Aktionen und der Klimabewegung – alles mit geringen Kräften, alles ehrenamtlich.

Wir sind nicht selten unterschiedlicher Meinung, aber wir arbeiten immer wieder konstruktiv zusammen. Wir denken und hoffen, wir haben unseren Stadtverband schon ein Stück vorangebracht und auf die Auseinandersetzungen eingestellt.

Dank an alle, die daran mitwirken – in den Basisgruppen, in den Ortsverbänden, in der Aktionsgruppe, in Bündnissen, im Stadtrat, in der Gemeinwesenarbeit und – natürlich – bei den anderen Genossinnen und Genossen im Stadtvorstand: bei Rosi Hein und Tobias Baum, bei Iris Gottschalk, Karin Kruse, Nicole Anger, Sigi Kratz und Andreas Horn!

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,
wir können viel schaffen, viel erreichen, wenn wir gemeinsam in die Aktion gehen – **wir, die Partei der Solidarität!**